

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 19.10.2023

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 17:09 Uhr

Ende: 21:15 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Setzer

und 22 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Bauer
StR Degler
StR Demir
StR Dobler
StR Dyken
StR´in Eusebi
StR Franke
StR Härtner
StR Häußler
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR´in Kirschbaum
StR´in Konrad
StRin Kutteroff
StR´in Lohrmann
StR Malcher
StR´in Ribbeck
StR Rupp
StR Scheib (bis § 89)

StR Dr. Schweizer
StR´in Sturm (ab § 85)
StR´in Täpsi-Kleinpeter
StR´in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Gül
StR´in Klinghoffer
StR Lachenmaier

Außerdem anwesend:

Herr Mäule
Herr Zipf (bis 21:37)
Frau Blumer (bis 21:37)
Herr Ellrott (bis 21:37)
Frau Wüllenweber
Herr Kleibner (bis 21:37)
Herr Großmann (bis 21:37)
Frau Langer (bis 21:37)
Herr Kaltenleitner (bis 21:37)
Frau Ringle
Herr Gauger (bis 21:37)
Herr Nathan (bis 21:37)
Frau Wend (bis 21:16)
Frau Wolff (bis 19:30)
Herr Wolf (bis 19:30)
Frau Bäuerle
OV´in Bobleter

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 84 Neubesetzung der Ausschüsse sowie Delegation in verschiedene Gremien
- § 85 Beteiligung der Stadt Backnang an der Initiative des Gemeindetages und des Landkreistages Baden-Württemberg für eine realitätsbezogene Flüchtlingspolitik - 12-Punkte-Plan der kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg
- § 86 Kita-Bedarfsplanung 2024/2025 der Stadt Backnang
- § 87 Neuordnung der Schulbezirke
- § 88 Aktivitäten zur touristischen Attraktivierung Backnangs - Sachstandsbericht
- § 89 Neubau der B 14 - Sachstandsbericht
- § 90 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 22 Stadträte; Normalzahl 26
---	---

§ 84

Neubesetzung der Ausschüsse sowie Delegation in verschiedene Gremien

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage:

Durch das Ausscheiden von Stadtrat Steffen Degler nach dem 28.09.2023 ist eine Neubesetzung der verschiedenen Ausschüsse und die Delegation in die verschiedenen Gremien notwendig.

Beschließende Ausschüsse

Die beschließenden Ausschüsse bestehen aus dem Vorsitzenden und mindestens vier Mitgliedern. Der Gemeinderat bestellt die Mitglieder und Stellvertreter aus seiner Mitte. Die Gemeindeordnung geht davon aus, dass über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse in der Regel Einigung erzielt wird (es ist jedoch Einstimmigkeit erforderlich).

Kommt keine Einigung über die Zusammensetzung eines beschließenden Ausschusses zustande, werden die Mitglieder von den Gemeinderäten auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt. Diese Wahl muss mit Stimmzetteln vorgenommen werden. Eine offene Wahl ist möglich, wenn kein Mitglied widerspricht.

Für die Wahl der Mitglieder der beschließenden Ausschüsse kann jeder Gemeinderat einen Wahlvorschlag einreichen. Jeder Gemeinderat hat bei der Verhältniswahl eine Stimme. Bei der Sitzverteilung auf die Wahlvorschläge gelten die Bestimmungen für die Wahl des Gemeinderats entsprechend.

Beratende Ausschüsse

Das Wahlverfahren ist völlig dem Gemeinderat überlassen.

Wenn eine Einigung über die Zusammensetzung eines beratenden Ausschusses nicht erzielt

wird, kann das Wahlverfahren entsprechend der Wahl für beschließende Ausschüsse durchgeführt werden. Es ist jedoch ausgeschlossen, dass die einzelnen Mitglieder nacheinander nach dem Verfahren des § 37 Abs. 7 GemO gewählt werden und so von den Mehrheitsparteien eine Vertretung von Minderheiten verhindert wird. Der Bürgermeister hat bei der Wahl der beratenden Ausschüsse im Gegensatz zu der im Falle der Nichteinigung durchzuführenden Wahl beschließender Ausschüsse stets Stimmrecht.

Stadträtin Dr. Ulfert möchte wissen, was mit dem Ausschuss Klärschlamm sei.

Der Vorsitzende merkt an, dass dieser noch pro forma bestehe, dieser nach der Aufstellung eines neuen Gremiums jedoch entfalle.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

Der Gemeinderat beschließt die Neubesetzung von Ausschüssen und Delegationen in verschiedene Gremien zum 19.10.2023 entsprechend der Anlage.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender Und 23 Stadträte; Normalzahl 26
---	---

§ 85

Beteiligung der Stadt Backnang an der Initiative des Gemeindetages und des Landkreistages Baden-Württemberg für eine realitätsbezogene Flüchtlingspolitik - 12- Punkte-Plan der kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„die Lage ist ernst!“ – so vermeldete es der Gemeindetag Baden-Württemberg Ende September in einer Pressemeldung. Gemeint ist die derzeitige Flüchtlingssituation. Tatsächlich haben die Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg alleine in den letzten 20 Monaten mehr als 200.000 Geflüchtete aufgenommen und stehen damit zu ihrer humanitären Verantwortung. Dabei hat auch die Stadt Backnang in den letzten drei Jahren insgesamt 336 Geflüchtete aus der Ukraine und weitere 170 Asylbewerber mit Wohnraum versorgt. Gleichzeitig hat sich in den letzten Monaten aber auch wieder gezeigt, dass die Aufnahmekapazitäten sowie die Integrationsfähigkeiten der Gesellschaft eine natürliche Grenze kennen.

Zwar ist mit der Belegung des Aurelis-Areals die Unterbringung in Backnang im Bereich der Anschlussunterbringung bis voraussichtlich Anfang des Jahres 2024 gesichert. Die Problematik beschränkt sich aber nicht allein auf den Wohnraum, bei dem Geflüchtete mit der heimischen Bevölkerung um bezahlbare Unterkünfte konkurrieren. Es braucht ebenso darüber hinaus genügend Integrationshelfer, Sprachkurse, Schul- und Kitaplätze sowie eine ausreichende ärztliche Versorgung. All das sind begrenzte Ressourcen, bei denen vielerorts die Grenzen des Leistbaren längst erreicht ist. So muss etwa der Landkreis mit der Belegung der Zeltunterkünfte am Berufsschulzentrum in Backnang beginnen, weil keine anderweitige und adäquatere Unterbringungsmöglichkeit mehr gegeben ist. Dies ist ein deutlicher Fingerzeig auf die Überforderung in Bund und Land, die die Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes bei dieser Aufgabe sowohl finanziell als auch organisatorisch weitestgehend

alleine lassen.

„Die Lage ist ernst!“ – das gilt auch für die Flüchtlingssituation in Backnang. Aufgrund der steigenden Zuwanderungszahlen wird im Jahr 2024 in der Prognose mit einer höheren Unterbringungsquote zu rechnen sein. Parallel ist die Zahl der Einheimischen, die von Obdachlosigkeit bedroht und von der Stadtverwaltung mit Wohnraum zu versorgen sind, stetig angestiegen. Folglich steht die Stadt Backnang vor erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf die Wohnraumversorgung von Geflüchteten und Einheimischen.

Über die Unterbringung hinaus stehen ganz erhebliche Mehraufwendungen für die Ausländerbehörde an, die mit der Belegung der Zeltstadt und des Aurelis-Areals die zusätzliche Zuständigkeit für weitere 180 Personen kurzfristig erhält. Hierin ist die zu erwartende Quote für das Jahr 2024 und die Zuständigkeit der Ausländerbehörde für unsere vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft noch nicht berücksichtigt. Die weitere Betreuung, die Belegung, die Kostenerstattung etc. werden erhebliche personelle Folgen nach sich ziehen.

Die Notwendigkeit, hilfsbedürftigen Geflüchteten nach erfolgter Prüfung in Deutschland und in Europa zu helfen, steht außer Frage. Aber die Höhe der Zuweisungszahlen sowie die mangelnde Unterstützung durch Bund und Land machen die Bewältigung der gegenwärtigen Aufgaben schier unmöglich und lassen auch die Akzeptanz in der Bevölkerung schwinden. Darum haben bereits im März dieses Jahres die Kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg eine Erklärung veröffentlicht und in 12 Punkten für eine realitätsbezogene Flüchtlingspolitik plädiert. Und nun hat der Gemeindetag Baden-Württemberg in besagter Pressemitteilung die Brisanz des Themas nachdrücklich unterstrichen und einen Vorschlag für Sofortmaßnahmen einer Begrenzungsstrategie formuliert. Die konkreten Inhalte und Forderungen wurden Ihnen als Anlage angefügt.

Mir ist es wichtig, dass diese kommunalen Hilferufe auch den nötigen Nachdruck erhalten, den sie verdienen. Dabei muss die Diskussion über mögliche Maßnahmen auf faktischer Grundlage fernab aller politischen Scheuklappen geführt werden. Vor diesem Hintergrund ist es mir ein besonderes Anliegen, um Ihre Zustimmung für den vorgelegten Beschlussvorschlag zu werben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Lage ist ernst und die Politik muss hier endlich handeln und die Kommunen und Landkreise besser entlasten und die Flüchtlingsverteilung gerechter zu gestalten. So kann und darf es nicht mehr weitergehen.

Herzlichen Dank!“

Verwaltungsdezernent Mäule und Frau Blumer erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der Sitzungsvorlage:

Auf die Anlagen 1 bis 3 wird verwiesen.

Der Stadt Backnang ist es mit erheblichen Anstrengungen, auch finanziellen Aufwendungen, in den letzten drei Jahren und davor gelungen, die Unterbringung Geflüchteter in der Anschlussunterbringung zu realisieren. Dem Gemeinderat wurde hiervon wiederkehrend berichtet.

Mit der Belegung des Aurelis-Areals ist die Unterbringung bis Anfang des Jahres 2024 gesichert. In den letzten drei Jahren wurden insgesamt 336 Geflüchtete aus der Ukraine und 170 Asylbewerber von der Stadt Backnang mit Wohnraum versorgt.

Aufgrund der steigenden Zuwanderungszahlen wird im Jahr 2024 in der Prognose mit einer höheren Unterbringungsquote zu rechnen sein. Parallel ist die Zahl der Einheimischen, die von Obdachlosigkeit bedroht und von der Stadtverwaltung mit Wohnraum zu versorgen sind, stetig angestiegen. Die seitherigen Kapazitäten werden aufgrund der angekündigten Räumungsfälle bis Jahresende 2023 belegt sein. Die in der Realisierung befindlichen Neubauten im Stadtgebiet werden Mitte bis Ende des Jahres 2024 fertiggestellt sein. Folglich steht die Stadt Backnang vor erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf die Wohnraumversorgung von Geflüchteten und Einheimischen.

In Anbetracht dieser Entwicklung ist die Stadt Backnang in der Zwangslage, die bislang genehmigte Anzahl an Unterbringungsplätzen an den Standorten der bestehenden städtischen Unterkünfte zu prüfen und soweit möglich an den Erlass des Ministeriums für Justiz und für Migration vom 28.09.2023 anzupassen. Je vorgehaltenem Unterbringungsplatz waren bisher 7 m² vorgegeben. Nun wurde die durchschnittliche Wohn- und Schlaflfläche auf 4,5 m² pro Person abgesenkt. Eine dichtere Belegung ist jedoch oftmals aufgrund Geschlecht und Familie der unterzubringenden Personen nicht durchführbar sowie aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ungünstig. Es ist deshalb in der Stadt Backnang die Schaffung weiteren Wohnraums und weiterer Wohnformen geboten.

Über die Unterbringung hinaus stehen ganz erhebliche Mehraufwendungen für die Ausländerbehörde an, die mit Belegung der Zeltstadt und des Aurelis-Areals die zusätzliche Zuständigkeit für 180 Personen kurzfristig erhält. Hierin ist die zu erwartende Quote für das Jahr 2024 und die Zuständigkeit der Ausländerbehörde für die vereinbarte

Verwaltungsgemeinschaft noch nicht berücksichtigt. Bei alledem ist Vorsorge dafür zu treffen, dass der Vertrag mit dem Verein Kinder- und Jugendhilfe über die soziale Begleitung der Geflüchteten zum 31.12.2024 ausläuft und aufgrund EU-rechtlicher Bestimmungen ohne Ausschreibung nicht verlängert werden kann. Bereits zur Stunde werden das Aurelis-Areal und die Gemeinschaftsunterkünfte in der Aspacher Straße nicht vom Verein Kinder- und Jugendhilfe abgedeckt. Die weitere Betreuung, die Belegung, die Kostenerstattung etc. werden erhebliche personelle Folgen nach sich ziehen.

Hinzu kommen zahlreiche weitere Folgethemen, die im Alltag zu erheblichen Anstrengungen führen. Beispielhaft seien an dieser Stelle die adäquate Ärzteversorgung, die ausreichende Versorgung mit Kita-Plätzen, die notwendigen VKL-Klassen an den Schulen sowie die Integration der Geflüchteten in der Gesellschaft genannt. Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen kommen immer mehr Kommunen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich für eine Begrenzung der illegalen Migration nach Deutschland ausgesprochen. „Die sogenannte illegale Migration müssen wir eindämmen“, sagte Steinmeier in einem am Montag am Vorabend des Tags der deutschen Einheit ausgestrahlten Interview mit den ARD-„Tagesthemen“.

Die Zustimmung entsprechend des oben genannten Beschlussvorschlages ist in Anbetracht der schwierigen Situation, insbesondere vor dem Hintergrund der nun erfolgten Belegung der Zeltunterkunft am Kreisberufsschulzentrum, ein besonderes Anliegen des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Hettich ergänzt, dass viele Kommunen an ihre Belastungsgrenzen kommen und das Thema bereits im Gemeinderat am 29.09.2022 diskutiert wurde. Er rechnet die vorhandenen Plätze in Backnang im Vergleich zu umliegenden Gemeinden vor und glaube nicht, dass noch mehr geschaffen werden können. Die Grenze für Backnang sei erreicht. Er stimme dem Punkteplan zu, welcher in der Umsetzung zu lange daure, weshalb ein Aufnahmestopp nötig sei.

Stadtrat Härtner unterstütze den Punkteplan und merkt an, dass über Menschen gesprochen werde. Hierfür könne man über die Belastungsgrenzen gehen. Es sei wichtig, dass das Asylrecht im Grundgesetz nicht angegriffen werde.

Der Vorsitzende betont, dass eine Verteilungsgleichberechtigung wichtig sei. Wer legal einreise müsse es leichter haben als jemand, der illegal einreise.

Verwaltungsdezernent Mäule zitiert Herrn Kretschmann. Flucht und Vertreibung werde abgefangen, eine Zuwiderhandlung staatlicher Ordnung werde nicht befürwortet. Die

Überlastung müsse gestoppt werden.

Stadtrat Dyken befürwortet das Papier und trage den Kompromiss mit.

Stadtrat Dobler bedankt sich für die sachliche Ausführung und schließe sich dem 12-Punkte-Plan an. Die Grenzen seien erreicht.

Stadträtin Sturm tritt ein.

Stadtrat Franke erklärt, dass der Plan der Situation angemessen und Grundlage für weitere Überlegungen sei. Die Menschenwürde dürfe nicht infrage gestellt werden. Es müsse politisch agiert werden. Er ärgere sich über die indirekte Aussage, dass jeder einen Pflegeberuf erlangen könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Aufnahmestopp nicht beschlossen werden könne. Mit dem heutigen Beschluss erhoffe man sich eine Signalwirkung. Er bittet darum, nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen.

Stadträtin Dr. Ulfert stimme der Sitzungsvorlage zu und sehe ebenfalls die Überlastungen in verschiedenen Bereichen. Die Aufnahmekapazität sei erreicht. Die Integration habe ebenfalls seine Grenzen. Die Rahmenbedingungen müssen verändert werden. Die Zeit liege im Nacken.

Der Vorsitzende bittet nachdrücklich um die Signalwirkung.

Stadtrat Malcher merkt an, dass auch an die Menschen gedacht werden müsse, die in Backnang leben und arbeiten. Das Thema werde aufgrund der anstehenden Wahlen diskutiert. Die europaweite Verteilung werde nicht funktionieren. Ihm fehle der Schutz der Außengrenzen und der Bürger. Er äußert Bedenken über das Gelingen der Integration. Er möchte wissen, wann die vollständige Kostenerstattung erfolge.

Der Vorsitzende merkt an, dass das Thema nicht aufgrund der Wahlen diskutiert werde. Das Gremium sei regelmäßig und deutlich unterrichtet worden. Er dulde keine Verallgemeinerungen, es komme immer auf die Einzelperson an.

Verwaltungsdezernent Mäule erklärt, dass die Kostenerstattung beantragt sei, wann diese komme könne nicht beurteilt werden. Er werde berichten, sobald ein Zuschuss da sei.

Stadtrat Bauer merkt an, wenn weitere Geflüchtete aufgenommen werden, müsse bis in vier Jahren eine Fläche so groß wie Sachsenweiler ausgewiesen werden.

Stadtrat Dr. Schweizer pflichte grundsätzlich dem Statement von Herrn Stadtrat Härtner bei. Er sei optimistisch beim Thema Integration.

Stadtrat Härtner bedankt sich für die Klarstellung zum Thema „unterschiedliche Behandlungen“.

Das Gremium diskutiert ausführlich.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

1. Der Gemeinderat nimmt die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung und -integration in der Stadt Backnang zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat bekräftigt, dass bei der Unterbringung, Versorgung und Integration vor Ort die Belastungsgrenze erreicht ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Austausch mit dem Landkreis, den Wahlkreisabgeordneten und den Medien auf die angespannte Situation und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten hinzuweisen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 23 Stadträte; Normalzahl 26
---	---

§ 86

Kita-Bedarfsplanung 2024/2025 der Stadt Backnang

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber und Herr Wolf erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage):

Kommunen sind gemäß den Regelungen im Achten Sozialgesetzbuch und des Kindertagesbetreuungsgesetzes des Landes Baden-Württemberg zur frühkindlichen Förderung in einer Tageseinrichtung und der Vorhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes an Kinderbetreuungsplätzen verpflichtet.

Die Kita-Bedarfsplanung stellt ein wichtiges Instrument zur Erfüllung dieser Aufgaben dar. Basierend auf Einwohnermelde- und Sozialdaten, den Erkenntnissen aus der zentralen Platzvergabe, Elternbefragung sowie darüber hinaus beeinflussende Faktoren (z. B. Wohnbauentwicklung) erfolgt eine Ermittlung künftiger Bedarfe an Kinderbetreuungsplätzen.

Die Entwicklung der Einwohnerzahl, die Wohnbauentwicklung aber auch gesetzliche Änderungen (z. B. neue Stichtagsregelung) führen zu einem zusätzlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Die Entwicklung von bedarfsorientierten, flexiblen Konzepten erfolgt wie bisher in enger Zusammenarbeit mit den kirchlichen und freien Trägern.

Die diesjährige Bedarfsplanung liegt zur Kenntnis bei.

Stadträtin Kutteroff merkt an, dass eine Baupause der Personalplanung guttue. Die Qualität müsse gehalten werden. Sie lobt die Vielseitigkeit.

Stadtrat Dr. Schweizer schließt sich Stadträtin Kutteroff an. Es wäre schön wenn der Bedarf der Zuhausebetreuung gedeckt werden könne.

Stadtrat Härtner ergänzt, dass manche Kinder nicht zu Hause bleiben können und es mehr qualifizierte Fachkräfte benötige. Er bittet um Erläuterung, ob es im Naturkindergarten noch Plätze gebe.

Stadtrat Franke finde es schön, dass keine neue Kita beschlossen werden müsse und die Personalnot derzeit etwas reduziert sei.

Stadtrat Malcher lobt die Arbeit von Amt 50.

Herr Wolf erklärt, dass es in der Kita Etwiese noch freie Plätze gebe.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis:

Die Bedarfsplanung 2024/ 2025 für Kindertageseinrichtungen in der Stadt Backnang (s. Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 23 Stadträte; Normalzahl 26
---	---

§ 87

Neuordnung der Schulbezirke

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber und Frau Wolff erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage):

1. Ausgangslage

Die Stadt Backnang hat das Planungsbüro biregio mit der Erstellung einer Schulentwicklungsplanung beauftragt, die auf Grundlage der Demografie aussagekräftige Schülerzahlprognosen hervorbringt. Die Prognosen der Schülerzahlen wurden auf die bestehenden Schulräume sowie die entsprechenden Bedarfe projiziert. Im Anschluss wurden Vorschläge zur Neuordnung der bestehenden Schulbezirke erarbeitet mit dem Ziel die Schülerströme anhand der möglichen Kapazitäten der verschiedenen Standorte umzuverteilen ohne die Wege für die Kinder zu lang werden zu lassen. In Vorberatungen innerhalb der Verwaltung, mit der Geschäftsführenden Schulleiterin, dem Staatlichen Schulamt Backnang sowie dem Vorsitzenden des Gesamtelternbeirats wurden mehrere Vorschläge erörtert. Der Arbeitskreis Schulbeirat, an dem neben Vertretern des Gemeinderats auch die Schulleiterinnen und Schulleiter der Grund- und Gemeinschaftsschulen teilgenommen haben, hat sich in seiner Sitzung am 24. Juli 2023 für die Änderung von zwei Bereichen ausgesprochen.

Diese betreffen den Schulbezirk der Schillerschule, da insbesondere hier schon heute ein deutlicher Schülerzuwachs zu verzeichnen ist, der nach den vorliegenden Prognosen weiter zunehmen wird und mittelfristig zu einer Vierzügigkeit führen würde. Gründe hierfür sind unter anderem eine hohe Zahl an neuen Wohneinheiten im Einzugsbereich der Schillerschule. In den bestehenden Räumlichkeiten der Schillerschule ist eine Vierzügigkeit, mit Ganztagsangeboten und zwei Vorbereitungsklassen nicht abbildbar. Auch ist die Schaffung neuen Schulraums am Standort der Schillerschule derzeit nicht möglich. Daher wird empfohlen die Schillerschule durch eine Umsprengelung hin zur Mörike-Gemeinschaftsschule zu entlasten. Außerdem wird empfohlen Germannsweiler offiziell der Grundschule Maubach

zuzuordnen. Nach Informationen des Staatlichen Schulamtes sowie der Schulleiterinnen der Schillerschule sowie der Grundschule Maubach gehen schon heute die Kinder aus Germannsweiler überwiegend an die Grundschule Maubach, müssen aktuell hierfür jedoch einen Antrag auf Schulbezirkswechsel stellen.

Das Planungsbüro biregio hat für einzelne Schuljahre außerdem einen starken Schülerzustrom an der Plaisirschule prognostiziert. Auch lässt sich eine Vierzügigkeit in den bestehenden Räumlichkeiten nicht abbilden. Da eine dauerhafte Umsprengelung von Randbezirken in Richtung Mörike-Gemeinschaftsschule jedoch voraussichtlich zu einer Zweizügigkeit führen würde, hat sich der Arbeitskreis Schulbeirat hier nicht für eine grundsätzliche Umsprengelung ausgesprochen, sondern für das Schuljahr 2025/2026 eine Schülerlenkung der Schülerinnen und Schüler zu forcieren, die im Einzugsgebiet der Plaisirschule westlich der Sulzbacher Straße wohnen. Die Verwaltung wird nach Kenntnisaufnahme des Gemeinderats gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt sowie den Schulleiterinnen der Plaisirschule und der Mörike-Gemeinschaftsschule die Schülerlenkung vorbereiten und die Eltern entsprechend informieren und beraten.

Der Arbeitskreis Schulbeirat hat sich des Weiteren dafür ausgesprochen die Schulbezirke in regelmäßigem Turnus zu überprüfen. Die Verwaltung schlägt vor dies alle zwei Jahre im Rahmen des Schulbeirats vorzunehmen.

2. Schulbezirke

Der aktuelle Einzugsbereich der Schillerschule erstreckt sich von Backnang Süd bis zum gesamten Innenstadtbereich südlich der Murr, sowie von Germannsweiler bis zum Eugen-Adolff-Sportplatz.

Zukünftig soll der Bereich südlich der B14 bis Maubach dem Schulbezirk der Grundschule Maubach zugeschlagen werden.

Außerdem soll der Bereich südlich der Murr vom Sportplatz Etwiesen bis zur Kreuzung Erbstetter Straße/ Obere Bahnhofstraße zukünftig dem Schulbezirk der Mörike-Gemeinschaftsschule zugeschlagen werden.

Stadträtin Kutteroff lobt das gute Ergebnis und die Zweijahreslösung.

Stadtrat Härtner sei es nicht logisch, wie die Sulzbacher Straße aufgeteilt sei und würde die Schülerlenkung genau andersrum handhaben.

Stadtrat Dobler bittet darum, das Paket nicht erneut zu öffnen, da bereits alle Schulleiter

involviert waren. Er möchte alle zwei Jahre darauf schauen, es aber nicht ändern.

Stadtrat Dr. Schweizer bittet um Erläuterung, was Schülerlenkung heiße.

Frau Wolff erklärt, dass Schülerlenkung bedeute, dass zum gleichen Schuljahr jedoch auf einer anderen Schule eingeschult werde. Die Geschwisterkinder seien berücksichtigt, weshalb es viel Vorlauf benötige. In der Sulzbacher Straße sei die Gefahr, dass die Plaisirschule zu wenig Schüler habe.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig entsprechend der Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 12.10.2023:

Der Gemeinderat stimmt zu die Grundschulbezirke entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung zum Schuljahr 2024/2025 zu ändern.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 23 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 88

Aktivitäten zur touristischen Attraktivierung Backnangs - Sachstandsbericht

Herr Ellrott führt erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation (siehe Anlage).

Stadträtin Lohrmann lobt die Arbeit und regt an die Regiocard Stuttgart mitaufzunehmen. Ihr fehle die Option Stadtführer spontan zu buchen.

Stadträtin Dr. Ulfert lobt die Ideen und weist darauf hin, dass die Barrierefreiheit unbedingt gegeben sein müsse. Sie regte Führungen im Technikforum an. Ein Engpass seien fehlende Informationen über Gastronomie- und Hotelbetriebe.

Stadtrat Malcher lobt insbesondere das Partnerschaftsfestival und die positive Veränderung des Straßenfests.

Stadtrat Hettich lobt insbesondere die veränderten Stadtführungen und merkt an, dass es möglich sei einen Stadtführer zu buchen. Die Rad- und Wanderkarte sei dringend notwendig gewesen, ebenso das Backnang Kärtle. Hier müsse weiterhin auf die Händler zugegangen werden.

Stadträtin Eusebi bedankt und erkundigt sich nach den Entwicklungszahlen der Übernachtungen.

Stadträtin Sturm erklärt, dass es am 26.10. um 17 Uhr Musik im Bahnhof geben werde.

Stadtrat Dr. Ketterer regt an, Informationen über Gastronomiebetriebe in den Hotels auszulegen.

Stadtrat Härtner fehle die umfassende Sammlung der Familie Burgel.

Herr Ellrott erklärt, dass weitere Anbindungen wie die Erlebniscard einige Stolpersteine

wie weitere Kassensysteme, Abrechnungssysteme oder Schulungen mit sich bringe. Stadtführungen zu buchen sei möglich, werde auf der Homepage aber besser beworben. Im Technikforum würden Ehrenamtliche zeigen, wie damals gearbeitet wurde. Ein Flyer hierfür werde derzeit überarbeitet. Gastronomie und Hotelbetriebe sei ein großer Punkt. Hier seien kleine Schritte in verbundenen Projekten wichtig. Die Entwicklung der Übernachtungen sei durch Corona nicht sehr repräsentativ. Derzeit gebe es 276 Betten, monatlich 3.000 Gesamtübernachtungen, 1.000 hiervon seien Gäste aus dem Ausland. Ein Flyer mit dem Veranstaltungskalender für den jeweils kommenden Monat liege den Hotels vor. Die Burgelsammlung sei nicht vergessen.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 22 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 89

Neubau der B 14 - Sachstandsbericht

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir kommen heute mit einem umfassenden Sachstandsbericht zum vierstreifigen Ausbau der B 14 zu Ihnen. Vorneweg die gute Nachricht: Das Projekt nimmt Fahrt auf. Die Bauabschnitte werden Zug um Zug umgesetzt.

Mit dem Bau des zweiten Viadukts wurde mittlerweile begonnen und auch im Bereich der Krähenbachkreuzung laufen die Vorarbeiten für die Realisierung dieses Bauabschnitts. Hier wird sich der Ausbau der B 14 nun erstmals unmittelbar auf das städtische Straßennetz auswirken, indem die Anschlussstelle an die Aspacher Straße komplett neu gestaltet wird.

Das RP Stuttgart geht aktuell davon aus, dass die Gesamtmaßnahme voraussichtlich bis zum Jahr 2030 umgesetzt sein wird. Sie wissen aber auch, dass sich die bisherigen Terminpläne immer wieder verschoben haben. Die Gründe dafür sind vielfältig und bei genauerer Betrachtung auch weitestgehend nachvollziehbar.

Dieses Projekt ist in allererster Linie ein Vorhaben des Bundes. Damit liegt auch die Kostentragung grundsätzlich beim Bund. Trotzdem wird auch die Stadt Backnang einen nicht unerheblichen finanziellen Beitrag zu diesem Projekt leisten müssen. Hierzu stehen wir im Moment in intensiven Verhandlungen mit dem RP Stuttgart, mit dem Ziel, den kommunalen Kostenanteil deutlich zu reduzieren. Aber neben der unmittelbaren finanziellen Beteiligung engagieren wir uns auch sehr intensiv in planerischer Hinsicht: der vierstreifige Ausbau löst auch in unserem Verkehrsnetz an vielen Stellen Handlungsbedarf aus.

Prominentestes Beispiel ist die Anschlussstelle Backnang-Süd, besser bekannt als die „Spritnase“. Wir haben weiterhin begründete Zweifel, ob dieser Knotenpunkt auch nach der

Überarbeitung durch das RP künftig ausreichend leistungsfähig sein wird, um den Verkehren aus dem Weissacher Tal eine echte Alternative zu den beiden Ortsdurchfahren Waldrems und Heiningen zu bieten.

Wir haben hier Zeit und Geld investiert, um dem Bund eine bessere, das heißt leistungsfähigere Alternative für die Anschlussstelle Backnang-Süd vorzulegen, von der wir weiterhin überzeugt sind.

Nach einem langen und intensiven Diskussions- und Abwägungsprozess und vielen Gespräche mit dem RP Stuttgart und dem Bundesverkehrsministerium können wir Ihnen die Umsetzung der städtischen Variante dennoch nicht empfehlen – im Wesentlichen aus diesen drei Gründen:

1. Das zur Umsetzung notwendige Planänderungsverfahren eröffnet die Möglichkeit von Verbandsklagen. Wir müssen realistischer Weise davon ausgehen, dass diese auch genutzt werden würden.
2. Eine erfolgreiche Klage gegen die Planänderung hätte zur Folge, dass für einen heute noch nicht absehbaren Zeitraum die dann vierstreifig ausgebaute B 14 im Bereich zwischen der Anschlussstelle Backnang-Süd und der Querung Maubacher Straße/Kitzbüheler Straße auch weiterhin nur zweistreifig ausgebaut wäre. Dieses Nadelöhr würde zu einer erheblichen Einschränkung der Leistungsfähigkeit der B 14 führen und damit den nun beginnenden Ausbau konterkarieren.
3. Vor diesem Hintergrund hat uns Verkehrsstaatssekretär Michael Theurer mitgeteilt, dass der Bund die städtischen Planungsüberlegungen nicht unterstützt, da der vom RP Stuttgart überarbeitete Ausbaustand den Vorgaben des Bundes hinsichtlich der Leistungsfähigkeit genügt (Stufe D entspricht Schulnote 4). Da es sich, wie gesagt, um ein Projekt des Bundes handelt, kann auch nur Bund eine Änderung des bestehenden Planungsrechts vornehmen. Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Wir werden nun die notwendigen und sinnvollen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Ortsdurchfahrten Waldrems, Heiningen und Maubach in den Fokus nehmen.

Mit der Lärmaktionsplanung der Stufe 3, die sich aktuell im Verfahren befindet, haben wir – wo rechtlich zulässig – bereits die Grundlagen für Tempo 30 in den Ortsdurchfahrten geschaffen. Diese wollen wir mit Ihrer Unterstützung auch konsequent umsetzen.

Die städtebauliche Umgestaltung der Verkehrsräume im Sinne der Verkehrsberuhigung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität liegt weitestgehend in unsere Zuständigkeit. Hierzu

werden wir auf der Basis der bereits vorgelegten, umfangreichen Verkehrsuntersuchungen konkrete Vorschläge erarbeiten und in den jeweiligen Ortschaftsräten beraten.

Aufgrund der planerischen, finanziellen und kommunalpolitischen Dimension dieser Maßnahmen müssen wir hier schrittweise und wohlüberlegt vorgehen, um auch die teils widerstrebenden Interessen der Bürgerinnen und Bürger miteinander in Einklang zu bringen.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass der schnelle und der möglichst unterbrechungsfreie Ausbau der B 14 für uns als Stadt Backnang oberste Priorität hat. Wir werden Bund, Land und Kreis in die Pflicht nehmen, überall dort an der Verbesserung des Verkehrsnetzes beidseits der B 14 mitzuwirken, wo sie unmittelbare Einflussmöglichkeiten haben.

Oberstes Ziel ist weiterhin die leistungsfähige Anbindung des Raums Backnang an das überörtliche Verkehrsnetz – sowohl in Bezug auf die Straße wie auch auf die Schiene – sowie die maximale verkehrliche Bündelungswirkung der B 14 zur Entlastung der Kernstadt Backnang und ihrer Stadtteile. Dabei darf es keine Denkverbote hinsichtlich der Verkehrsberuhigung in den südlichen Stadtteilen geben und ich sage es in aller Deutlichkeit nochmals, dass wir den Bund hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Anschlussstelle Süd beim Wort und in die Pflicht nehmen werden.

Und damit übergebe ich das Wort an unseren Ersten Bürgermeister Stefan Setzer, der Ihnen den Sachstand im Detail erläutern wird.“

Erster Bürgermeister Setzer erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation (siehe Anlage).

Stadtrat Scheib verlässt die Sitzung.

Stadträtin Dr. Ulfert äußert Enttäuschung. Die Maßnahme dürfe jedoch nicht mehr infrage gestellt werden. Es müsse eine Verbesserung her. Aktuell sei es überall verstaubt und der Verkehr durch die Stadt schneller als auf der B14.

Stadträtin Sturm merkt an, dass der Verkehr ins Weissacher Tal nur mit einer Sperrung Richtung Heiningen funktioniere. Die Auswirkungen des Projekts seien einigen nicht klar. Problematisch würde der Schienenersatzverkehr werden. Sie könne das Projekt nicht befürworten.

Stadtrat Franke bedankt sich für den Vortrag, könne das Projekt jedoch nicht befürworten. Es bleibe jedoch nichts übrig, als zuzustimmen. Er habe Angst, dass sich die drei Stadtteile auseinanderdifferenzieren würden. Der Rückbau der Ortsdurchfahrten sei nicht gegeben.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Stadt lediglich Verfahrensbeteiligte sei und keine Entscheidungen treffe. Zur guten Ordnung gehöre die Feststellung, dass die Nutzung der Ortsdurchfahrten unattraktiv werden müsse. Die Interessen müssen gut abgewogen werden.

Erster Bürgermeister Setzer erklärt, dass es seit dem Planfeststellungsbeschluss erst heute die Gelder gebe, weshalb jetzt gebaut werde. Die Straße zerschneide nicht die Ortsteile, da es einen Tunnel geben werde. Zusätzlich sei ein weiterer Lärmschutz angedacht. Der Verkehr in Maubach verlief somit querungsfrei. Das Gremium habe zu beauftragen, wenn die Ortsdurchfahrten zurückgebaut werden sollen.

Stadträtin Konrad möchte wissen, wie lange die Umleitungen aufgrund der Sperrungen durch die Ortsdurchfahrten gehen.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Hauptspernung den Brückenabriss betreffe. Der Verkehr werde nicht bei allen Baumaßnahmen durch die Ortschaften geleitet.

Stadträtin Konrad merkt an, dass dies wünschenswert sei. Die Zufahrt zum Weissacher Tal werde weiterhin durch Heiningen und Waldrems genutzt, weshalb das Projekt keine Erleichterung darstelle.

Stadträtin Ribbeck äußert Sorge, dass ausgebaute Straßen mehr Verkehr anziehen. Sie möchte wissen, ob der zeitlich bedingte zunehmende Verkehr ebenfalls berücksichtigt sei.

Stadtrat Malcher merkt an, dass die Verzögerungen dem Bund zuzuschreiben seien.

Stadtrat Dr. Ketterer erklärt, dass das Projekt Backnang-Süd hingenommen werden müsse, Verbesserungen könne man immer noch nachsteuern. Der Anschluss sei nicht für die Ewigkeit. Backnang habe den vierspurigen Ausbau gewollt. Er empfiehlt, den Kreisel am Dresdner Ring aufgrund der Verkehrslage in der Sulzbacher Straße beizubehalten.

Stadtrat Franke erklärt, dass das Projekt hingenommen werden müsse.

Stadtrat Dobler merkt an, dass das Projekt für die Backnanger keinen großen Vorteil mit sich bringe.

Herr Großmann ergänzt, dass es mit dem Projekt eine attraktive Umfahrungssituation und einen attraktiven Anschluss an Backnang Bitte gebe. Zusätzlich sei die südliche Zufahrt entlastet. Des Weiteren bringe es Vorteile für das Bussystem.

Stadträtin Lohrmann sei froh, dass der Bau endlich komme. Ohne die Firmen im Industriegebiet würde es Backnang nicht so gut gehen. Die Firmen hätten sich ohne die

Aussicht auf die B14 nicht angesiedelt.

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 19. Oktober 2023 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 22 Stadträte; Normalzahl 26
---	---

§ 90

Anfragen

Stadträtin Kutteroff bittet um Prüfung, ob die Arbeiten der Syna an der Spinnerei geschoben werden können, bis die Arbeiten in Steinbach abgeschlossen sind.

Frau Blumer erklärt, dass die Bauarbeiten nur einen Teilabschnitt betreffen und die Stadt keinen Einfluss auf die Baumaßnahmen der Syna habe, da diese einen Anspruch hätten.